WSI
Report

23 | April 2015

Das „deutsche Modell“ im Spiegel der Nachbarländer

Brigitte Unger

Der vorliegende Report ist die deutsche Zusammenfassung des in englischer Sprache erschienenen E-Books „The German Model – Seen by its Neighbours“. Die in Klammern zitierten Namen verweisen auf die Beiträge der Autoren im E-Book. Das E-Book kann als Printversion bei amazon für 10 Euro bestellt werden oder unter folgendem Link gratis heruntergeladen werden: www.socialeurope.eu/wp-content/uploads/2015/04/German-Model.pdf.

Dieses Buch entstand im Rahmen des Projekts „Labour Relations in Context” (LRC Netzwerk), das vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) initiiert wurde. Das WSI hat ein internationales Netzwerk von Wissenschaftlern aufgebaut, um die Forschung zum Thema Arbeitsbeziehungen zu stimulieren. Im Rahmen dieses WSI-Projekts werden Workshops zu Auswirkungen von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Trends auf die Arbeitsbeziehungen veranstaltet und Strategien entwickelt, wie in Zeiten der Globalisierung mehr Handlungsspielraum für ArbeitnehmerInnen geschaffen werden kann. Im Mai 2014 veranstaltete das LRC-Netzwerk einen Workshop am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Fiesole, einem Vorort von Florenz zum Thema „Varieties of Capitalism“ (Spielarten des Kapitalismus), um die Relevanz dieses Ansatzes für künftige Forschung zu Arbeitsbeziehungen zu diskutieren. Während des Workshops, der von Prof. László Bruszt in der Badia in Fiesole und von Prof. emer. Philippe Schmitter in seinem Haus in Monteloro ausgerichtet wurde, machten die Teilnehmer aus verschiedenen Ländern – vielleicht auch aus Höflichkeit gegenüber dem deutschen Veranstalter, dem WSI – zahlreiche Bemerkungen über Deutschland und dessen Erfolg. Dies führte zur Entstehung dieses Buches.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
in der Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Str. 39

D 40476 Düsseldorf

Tel. +49(0)211 / 77 78-0

www.wsi.de

Düsseldorf, April 2015

Inhalt

Einleitung 1

1. Was macht den Erfolg Deutschlands aus, sofern es einer war, oder war es kein Erfolg? 5

2. Gibt es ein Modell Deutschland? 10

3. Welche theoretische Auffassung steht hinter der Sicht des deutschen Modells? Was ist die Ursache des deutschen Erfolges? 13

4. Ist das Modell Deutschland nachhaltig? 17

5. Kann man das Modell Deutschland exportieren? 20

6. Was würden Sie Deutschland raten und wovon würden Sie abraten? 25

Schlussfolgerungen 27

Literatur 30

Einleitung

Deutschland und insbesondere das „deutsche Modell" wurden in der Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft umfassend diskutiert. Das Modell des Rheinischen Kapitalismus wurde gegenüber dem angelsächsischen Modell als spezifische Form des Kapitalismus gerühmt, die auf soliden politischen und wirtschaftlichen Institutionen aufbaut und langfristig erfolgreich ist. In der Literatur der ´Varieties of Capitalism´ wurde Deutschland als koordinierte Marktwirtschaft – in Abgrenzung zur liberalen Marktwirtschaft – bezeichnet (siehe Hall und Soskice 2001).

Während Deutschland wegen seines konservativen Bankensystems und seiner starren institutionellen Strukturen von der Zeitschrift Economist 1999 noch als „kranker Mann Europas' bezeichnet wurde, das an einem ‚festgefahrenen Arbeitsmarkt, langsamem Wachstum und zu niedrigen Steuereinnahmen leidet", überholte es die USA nach der Finanzkrise und entwickelte sich zum europäischen Superstar (Reisenbichler und Morgan). Krugman ging sogar so weit, von einem deutschen Jobwunder zu sprechen, und lobte Deutschland für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Er schlug das deutsche Modell als nachahmenswertes Vorbild für die Vereinigten Staaten vor (Krugman 12.9.2009 in der NYT).

Seit der Finanzkrise 2008 ist die Wirtschaftslage Deutschlands deutlich besser als die der meisten Nachbarländer. Was macht Deutschland so besonders? Was hat es, was andere nicht haben? Und ist diese Situation nachhaltig? Ist das deutsche Modell nur eine letzte übrig gebliebene Sandburg, bevor der raue Sturm der Globalisierung darüber hinwegweht? (Streeck 1995)? Oder ist es ein fester, unverrückbarer Fels in stürmischer Brandung? Sind es seine starken politischen Institutionen, allen voran die deutschen Gewerkschaften, die im internationalen Vergleich ein fester Fels in stürmischer Brandung sind, noch immer Einfluss auf die Politik nehmen und agieren statt nur reagieren können (Schmitter beim Workshop)? Ist es die duale Berufsausbildung, die gut qualifizierte Arbeitnehmer garantiert und wie ein Fels in der Brandung vor Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit schützt? Sind es die Sozialpartner, die in der Krise große Flexibilität bei Arbeitszeitarrangements bewiesen und den Fels in der Brandung zum Bambus verwandelten, der sich biegsam dem rauen Wind der Globalisierung anpasste? Ist es die deutsche Lohnpolitik, die in der Krise moderate Lohnerhöhungen ermöglichte? Oder war es die Kombination von Lohnzurückhaltung und einer unterbewerteten Währung, die die Exportwirtschaft ankurbelte und Leistungsbilanzüberschüsse ermöglichte – eine Strategie, die bis in die 1940er Jahre zurückreicht (Scharpf), eine Art Neomerkantilismus, dem die Deutschen frönen

(Becker)? Oder hat Deutschland nur Glück gehabt, wie etwa die stark gestiegene Nachfrage nach Autos in China, die die Automobilbranche boomen ließ (Knuth)? Und war deutsche Freud der Nachbarn Leid? Ist und war Deutschland seit 2001 aus sich selbst heraus erfolgreich, insbesondere in der Bewältigung der Finanzkrise, oder ist sein Erfolg einer „Beggar-thy-Neighbour-Politik“ (einer Politik auf Kosten der Nachbarn) geschuldet, die mit niedrigen Exportpreisen (Schulten) und Lohndumping (Sauramo) die Nachbarn unterbietet? Oder hat es sich schlicht die rentableren Teile der Wertschöpfungskette in der globalen Produktion gesichert, indem es sich auf bestimmte Teile der Fertigung spezialisiert hat (Streeck)?

Oder hat Deutschland fünf Millionen Arbeitnehmer mit guten Arbeitsplätzen geopfert, indem es die betreffenden Arbeitnehmer in prekäre Jobs und Erwerbsarmut geführt hat, nur um eine hohe Beschäftigung zu sichern? War der Erfolg Deutschlands ein Erfolg für die Kernbelegschaft, zulasten der Peripherie mit weniger privilegierten Arbeitnehmern und prekären Jobs, die mit scharfen Kürzungen der sozialstaatlichen Leistungen konfrontiert waren? Fand eine Dualisierung des Arbeitsmarkts in eine geschützte Kernbelegschaft und ungeschützte Peripherie statt (Hassel)? Oder lässt sich vielmehr eine Entdualisierung feststellen (Reisenbichler und Morgan), da die deutsche Regierung vor kurzem eine Lohnuntergrenze, einen gesetzlichen Mindestlohn verabschiedet hat, und die Arbeitsmarktindikatoren für die traditionellen Außenseiter (z. B. Frauen, ältere Arbeitnehmer und junge Menschen) außergewöhnlich positiv sind.

Ist überhaupt eine besondere Entwicklung zu beobachten? Vielleicht ist es den deutschen Unternehmen nur gelungen, seit Mitte der 1990er Jahre mithilfe des gut funktionierenden, flexiblen Tarifverhandlungssystems Lohnzuwächse auf einem moderaten Niveau zu halten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich auszubauen? Also weder der kranke Mann noch ein Wunder, sondern vielmehr eine kontinuierliche Weiterentwicklung solider politischer Institutionen, die gelegentlich, vor allem in Krisenzeiten, zum biegsamen Bambus werden?

Egal ob das deutsche Modell nun als Jobwunder (Reisenbichler und Morgan), als Schicksal der Deutschen, Exportankurbelung um den Preis von Lohnzurückhaltung zu erzielen (Hall), oder gar als Schandfleck mit 5 Millionen prekären Jobs (Hassel, Hallra) gesehen wird: Gibt es etwas wie den Kern Deutschlands, einen Kern politischer und wirtschaftlicher Institutionen, die belastbar und robust, intakt und beständig sind (Hassel, Behrens)? Oder hat das Modell Deutschland ausgedient, ist das Ende des deutschen Modells gekommen, vor allem was den Wohlfahrtsstaat anbelangt (Seeleib-Kaiser)? Sollte und kann das deutsche Modell auf andere Länder übertragen werden? Kann man die

deutschen Institutionen in anderen Ländern kopieren und wer würde sich das wünschen? Und würde Nachahmung zum gleichen Ergebnis wie in Deutschland führen (van der Linde)?

Die Debatte über das deutsche Modell wird innerhalb Deutschlands kontrovers geführt. US-amerikanische Analysen des deutschen Modells fallen hingegen überwiegend positiv aus: „Die deutsche Gesellschaft ist heute weniger egalitär als früher und die Armutsquote ist gestiegen, aber es gibt viele Menschen in anderen Teilen Europas, die ihre Lebensbedingungen gegen die des durchschnittlichen Deutschen liebend gerne eintauschen würden“ (Hall).

Aber was denken die europäischen Nachbarn über Deutschland? In einigen Nachbarländern herrscht Euphorie über Deutschland und seinen Erfolg. Vor allem die nordischen Länder finden großen Gefallen am Modell Deutschland und möchten vor allem die Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarktinstitutionen kopieren (siehe Hassel), wenn auch einige die negativen Folgen der niedrigen deutschen Löhne fürchten (siehe Sauramo für Finnland). Boyer, einer der Väter der „théorie de la régulation” (Regulationstheorie) sieht in diesem E-Book den Aufstieg eines neuen deutschen Modells – im Gegensatz zum krisengeschüttelten Frankreich. Die westlichen Länder bewundern Deutschland für seine Arbeitsmarktflexibilität innerhalb stabiler Institutionen (siehe allerdings auch kritische Beiträge der Holländer von De Beer und Van der Linde) und warnen vor seiner geringen Innovationsfähigkeit (Kleinknecht und Kleinknecht). Österreich, das dem deutschen Modell im Prinzip ähnelt, ist skeptisch bezüglich der Wachstumsfähigkeit Deutschlands (Ramskogler und Schuberth). Nach Meinung des österreichischen Ökonomen Marterbauer ist das geringe Arbeitskräfteangebot einer der Hauptgründe für den deutschen Erfolg und nicht die viel gepriesene niedriglohninduzierte Arbeitsnachfrage. Viele osteuropäische Länder halten sich über das deutsche Modell eher bedeckt. Man bewundert den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, weniger aber seine Institutionen und noch weniger seine restriktive Zuwanderungspolitik. Der Osten scheint eher zu einer liberalen Marktwirtschaft zu neigen (siehe Płóciennik und Łada). Die südeuropäischen Länder empfinden den deutschen Erfolg als anmaßende Bürde für Europa und argumentieren, dass Deutschland die EU-Politik beeinflusse und die Sparpolitik zulasten seiner Nachbarn erzwinge (siehe Schmitter und Todor, Calvo).

Die Teilnehmer der Workshops sowie weitere Autoren aus dem LRC-Netzwerk und von ihnen empfohlene Autoren aus dem Ausland wurden gebeten, Beiträge zu diesem E-Book zu liefern. Dabei sollten sie folgende Fragen beantworten:

1. Was macht den Erfolg Deutschlands aus, sofern es einer war, oder war es kein Erfolg?
2. Gibt es so etwas wie ein deutsches Modell? Was macht ein Modell aus?
3. Welche Theorie unterliegt der Sichtweise des deutschen Modells? Was ist die Ursache des deutschen Erfolgs?
4. Ist das deutsche Modell nachhaltig?
5. Kann es von seinen Nachbarn kopiert oder nachgeahmt werden?
6. Was würden Sie Deutschland empfehlen?

Nicht alle Teilnehmer des LRC Workshops in Florenz reichten Beiträge ein. Nicht alle kontroversen Meinungen jedes Lands konnten widergespiegelt werden, und nicht jeder Autor hat alle Fragen beantwortet. Dennoch stellt dieses E-Book eine große Bandbreite von Ansichten zum Modell Deutschland aus dem In- und Ausland vor und versucht, künftige wirtschaftspolitische Handlungsspielräume aufzuzeigen.

Der Band gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil zeigt Deutschland aus Sicht einiger Vertreter der „Varieties of Capitalism“ (Spielarten des Kapitalismus) Literatur aus den USA, und zeigt die inner- deutsche Kontroverse um das Modell Deutschland. Der zweite Teil gibt die Debatte um das deutsche Modell aus der Sicht der europäischen Nachbarländer wieder.

1. Was macht den Erfolg Deutschlands aus, sofern es einer war, oder war es kein Erfolg?

„Janusköpfiges Deutschland"(Tylecote)

„Das deutsche Modell wurde wegen seines wirtschaftlichen Erfolges, seiner Innovationsfähigkeit und seiner Bedeutung auf EU-Ebene in akademischen und öffentlichen politischen Debatten ausführlich erörtert" (Calvo). Aber Deutschlands Erfolg hat auch Schattenseiten und erstreckt sich nicht auf alle wirtschaftspolitischen Bereiche. Die Wachstumsraten liegen hinter denen anderer Länder, der Erfolg der Exportwirtschaft ist zum Teil einer Glückssträhne zuzuschreiben, Armut hat zugenommen und das neu hinzugekommene Phänomen der Erwerbsarmut polarisiert die Gesellschaft. Was für Deutschland förderlich war, schadete manchen seiner Nachbarn. „Die von Deutschland initiierte Austeritätspolitik hat schwere Rezession in einigen europäischen Ländern ausgelöst und in manchen sogar Deflation" (Becker).

Deutschlands makroökonomische Leistung wurde am häufigsten gelobt, mit der geringen (Jugend-)Arbeitslosigkeit oder dem, was Krugman 2009 das „deutsche Jobwunder" nannte. 2014 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 4,8% und die Jugendarbeitslosigkeit bei 7,1%, gegenüber dem EU-Durchschnitt von 21%.

Dieser Erfolg wird gewöhnlich den Arbeitsmarktreformen und moderaten Löhnen zugeschrieben. Die wichtigsten Arbeitsmarktreformen waren die „Hartz-Reformen" von 2005 unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder. Dadurch verkürzte sich die maximale Dauer der Arbeitslosenversicherung; die regulären Leistungen wurden auf zwölf Monate begrenzt. Des Weiteren verbanden die Reformen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrumente, indem sie die vormals einkommensabhängige, bedarfsorientierte Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbslose zusammenführten. Jede erwerbsfähige Person zwischen 15 Jahren und dem Renteneintrittsalter erhält Arbeitslosengeld II auch "Hartz IV" genannt. Außerdem wurde das Kurzarbeitergeld eingeführt, das Arbeitnehmer als Ausgleich für verkürzte Arbeitszeiten in konjunkturell schwachen Zeiten erhalten. Als die Finanzkrise einsetzte, verlängerte die deutsche Regierung die maximale Dauer des Kurzarbeitergelds von sechs auf 24 Monate. „Zu Hochzeiten waren 1,14 Millionen Arbeitnehmer durch dieses Programm vor Arbeitslosigkeit geschützt"(Seeleib-Kaiser).

Die Arbeitsmarktreformen waren nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite waren die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und die boomenden Exporte aufgrund der unterbewerteten Währung (z. B. Hall, Schulten, Be-

cker). Die Kombination aus unterbewerteter Währung und Lohnzurückhaltung – eine Politik, die bis in die 1940er Jahre zurückreicht – machten Deutschland als exportorientiertes Land so erfolgreich (Scharpf). Becker sieht in der Exportentwicklung Deutschlands neomerkantilistische Züge. Auch Reisenbichler und Morgen stimmen dem zu: „Die herkömmliche Meinung ist, dass Deutschland jetzt die Früchte seiner konservativen Steuerpolitik und strukturellen Arbeitsmarktreformen Anfang der 2000er Jahre erntet. Wir meinen hingegen, dass diese erstaunliche Wende und der nachhaltige Erfolg durch flexible wirtschaftliche Anpassungen, durch die Arbeitsbeziehungen und durch die Lohnzurückhaltung erklärt werden können, die in den exportorientierten Wirtschaftszweigen in Deutschland die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt haben“ (Reisenbichler und Morgan).

Einige Autoren bezweifeln, ob Deutschlands Wirtschaftsleistung tatsächlich so herausragend war. Auch wenn es Deutschland besser ginge als etwa dem ehemals gepriesenen und nun erstarrten, alternden Japan, hätten die angelsächsischen Länder deutlich höhere BIP-Wachstumsraten als Deutschland erzielt (Ramskogler und Schuberth) und auch die zukünftige Innovationsfähigkeit Deutschlands sei durch die Niedriglohnpolitik, die es verfolgt, gefährdet (Kleinknecht und Kleinknecht). Darüber hinaus hat Deutschland in der Finanzkrise 22% seines Kapitals dauerhaft verloren, weil in Unternehmen gespart statt investiert worden ist (Ramskogler und Schuberth). Dieses Vermögen sei endgültig verloren. De Beer findet Deutschlands Wirtschaftsleistung vor allem im Hinblick auf Wachstumsraten bescheiden. ‚Deutschland hat die Finanzkrise besser als viele andere EU-Länder gemeistert. Aber innerhalb der Gruppe von Ländern, die die Krise gut überstanden haben, schneidet es am schlechtesten ab. Die nordeuropäischen Länder wie Österreich, Niederlande, Belgien, Dänemark und Schweden waren erfolgreicher als Deutschland. Langfristig betrachtet sind die deutschen Wirtschaftsergebnisse im Vergleich zur Ländergruppe der erfolgreichen Krisenüberwinder enttäuschend´(De Beer).

Unbestritten ist die hohe Qualität der Fertigung. „Made in Germany“ ist ein herausragendes Erfolgsmerkmal Deutschlands. Die deutsche Technologie- und Produktentwicklung hat auf maßgeschneiderte Fertigung und traditionelle Handwerkskunst gesetzt, und dabei flache Hierarchien und enge Beziehungen zwischen Konstruktion und Fertigung geschaffen, selbst in den großen Unternehmen aus der Fordismus-Ära. So konnten sich die deutschen Firmen in den post-fordistischen 1980er Jahren ohne große Mühe diversifizierte, hochwertige Produktion umstellen. (Streeck)

Calvo sieht die gut funktionierenden Wechselwirkungen zwischen Mikro- und Makroelementen des Modells als Ursache für den deutschen Erfolg: „Die ma-

kroökonomischen Elemente des Modells liefern die sozioökonomische Stabilität, die die gesunde Basis für Wirtschaftstätigkeit bildet. Die mikroökonomischen Merkmale ermöglichen einen soliden Fertigungssektor, der von zahlreichen mittelständischen Firmen getragen ist, die eine Präferenz für Geschäftsstrategien mit hochwertiger Produktionsausrichtung haben und der durch ein florierendes Innovationssystem geprägt ist."

Aber vielleicht war der Erfolg Deutschlands ja einfach nur Glück? Als die Krise begann, hatte Deutschland „eine Branchenstruktur und eine Produktpalette, die ideal waren um internationale Märkte mit hochwertigen Fertigungsgütern, wie etwa Luxusfahrzeuge und Hightech-Maschinen, zu beliefern. Und die Finanzkrise trug dazu bei, die Zinsen zu senken, wodurch sich Importländer billiger verschulden konnten" (Streeck). „Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) haben in etwa ein Fünftel zum Anstieg der deutschen Exporte seit der Krise beigetragen, wobei die Mehrwertschöpfung vermutlich sogar noch höher ist. Diese regionale Konzentration der deutschen Exporte schränkt natürlich die Übertragbarkeit des deutschen Modells ein und stellt den Erfolg gleichzeitig auf wacklige Füße" (Ramskogler und Schuberth).

Marterbauer meint, dass ein Teil des deutschen Erfolgs durch die Verknappung des Arbeitskräfteangebots bedingt ist. „Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen ist von 1997 bis 2009 gesunken, was eine Zunahme der Teilzeitarbeit widerspiegelt. Andererseits schrumpft die Bevölkerung der 15- bis 65-Jährigen seit 1999 immer schneller, was nur bis 2006 durch eine steigende Erwerbsquote ausgeglichen werden konnte. Seitdem wird die Erwerbsbevölkerung kleiner, was zeitlich mit dem Einsetzen des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zusammenfällt", stellt auch Knuth fest.

Der Rückgang des Arbeitskräfteangebots, einschließlich der Deutschen, die zum Studium nach Österreich gegangen sind (siehe Marterbauer), kann man teilweise als Glücksfaktor sehen, der zu einer geringen Arbeitslosenquote beigetragen hat. Man kann es jedoch auch als Politik sehen, die bewusst eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots verhindert hat, indem der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Ausländer beschränkt wurde (Płóciennik und Łada) oder eine altmodische Familienpolitik verfolgt wurde, wie etwa die Frauen zu Hause zu halten (Tylecote).

Einige Autoren sehen nur einen komparativen Vorteil für Deutschland, der zulasten seiner Nachbarn ging, vor allen jener im Süden und Osten (Becker). Das exportbedingte Wachstum in Deutschland führte zu Leistungsbilanzdefiziten im Süden. „Das Streben nach Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist eine enorme Belastung für die südlichen

Länder, die nicht in der Lage waren, ihre Tarifinstitutionen zu nutzen, um die Löhne auf einem niedrigen Niveau zu halten“ (Becker). Eine ähnliche Argumentation findet sich für Finnland (Sauramo).

Historisch waren Österreich, die Benelux-Staaten oder auch Norditalien eng mit der deutschen Fertigung verzahnt. Seit Ende der 1990er Jahre haben die deutschen Exportbranchen, allen voran die Automobilindustrie, jedoch Teile ihrer Produktion in die Niedriglohnländer Osteuropas verlagert, vor allem in die Visegrád-Länder (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn). „In den Visegrád-Ländern findet quasi keine Forschung und Entwicklung statt“ (Becker). Daher gab es keinen Anreiz und keine deutsche Förderung für Strukturreformen im Osten.

Die deutsche Politik, die eine starke Exportbranche, niedrige Löhne und eine unterbewertete Währung verfolgt, hat andere Länder der Eurozone unter enormen Druck gesetzt. „Einige neokorporatistische Länder wie Österreich können dem Druck standhalten. In Frankreich und den südeuropäischen Eurozonen-Ländern stellt die deutsche Politik der Lohndeflation eine enorme Belastung für die fertigende Industrie dar. In Spanien, Portugal, Italien und Frankreich ging zwischen 1981 und 2007 der Anteil der fertigenden Industrie am BIP besonders stark zurück“ (Becker). Die Leistungsbilanzdefizite der EU-Mitgliedstaaten wurden durch Kapitelzuflüsse finanziert, vor allem aus Ländern wie Deutschland und Frankreich. „In Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal, den baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien wurden durch die Kapitalzuflüsse der Konsum und Immobilienblasen angeheizt. Das Wachstum hatte keine solide Grundlage in den fertigenden Sektoren, die tendenziell durch die bestehenden Wechselkurse gelitten haben“ (Becker).

Tylecote sieht einen Januskopf. Die Mikrokomponenten des deutschen Modells sind erfolgreich. Die kleinen und mittleren Firmen und sogar große familiengeführte Unternehmen investieren in ihr Unternehmen und brauchen ein stabiles und kalkulierbares politisches Umfeld. Deutschland hat eine sehr starke und funktionierende Mitbestimmung, wo die Arbeitnehmer auch in den Aufsichtsräten vertreten sind. Damit erfüllt Deutschland die Kriterien für das, was er als „Stakeholder-Kapitalismus“ bezeichnet. Eine Kategorie, in die auch die Niederlande, Österreich und die nordischen Länder fallen. „Deutschland hat viele Nischen gefunden, in denen es seine Stärken beweisen kann. Es scheitert jedoch beim Makromodell, wo es auf Beggar-thy-Neighbour-Politiken zurückgreift. Außerdem ist das Modell im Hinblick auf seine sozialstaatliche Ausprägung bescheiden und vor allem bei der Frauen- und Familienpolitik noch immer sehr altmodisch.“

„Auch wenn die Änderungen in den Arbeitsmarktbestimmungen und in der Sozialversicherung für Arbeitslose vermutlich zu einer Gesamtzunahme der Beschäftigungsquote und einem Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit beigetragen haben, begünstigten sie gleichzeitig auch die Zunahme von „atypischer“ Beschäftigung, wozu (unfreiwillige) Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Arbeitnehmerüberlassung und Niedriglohnarbeit zählen“ (Seeleib-Kaiser). „Deutschland ist längst kein Hochlohnland mehr; die Lohndrift ist größer geworden und der Niedriglohnsektor ist gewachsen. Atypische, nicht Normalbeschäftigungsverhältnisse, mit weniger Schutz der Beschäftigten haben zugenommen. Sie sind unerlässliche Puffer für eine stabile „Kernbeschäftigung“ geworden und haben sich für die betreffenden Arbeitnehmer eher als Falle statt als Sprungbrett erwiesen“ (Knuth, siehe auch Schulten).

Die Verbindung von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen, eine Lohnsubventionierung über Sozialleistungen und eine Grundversorgung von Langzeitarbeitslosen mit Hartz IV (beschämende 399 Euro pro Monat für einen alleinstehenden Haushaltsvorstand zuzüglich Wohngeld) haben die Kluft zwischen ArbeitnehmerInnen und den erwerbslosen Armen verschärft, die Leibfried als institutionellen Dualismus bezeichnet (Seeleib-Kaiser). Aber auch innerhalb der ArbeitnehmerInnen ist eine Polarisierung zu beobachten. Mehr als fünf Millionen deutsche ArbeitnehmerInnen haben eine prekäre Beschäftigung oder gehören zu den Erwerbsarmen (Schulten). Die Tatsache, dass geringe Entgelte durch Hartz IV subventioniert werden, hat die Bedingungen im Niedriglohnsegment des Arbeitsmarktes verschlechtert. Eine Friseurin, die 40 Stunden pro Woche arbeitet, konnte theoretisch einen Monatslohn von 400 Euro erhalten, der dann mit Hartz IV aufzustocken war. Die Nutzung der Sozialpolitik zur Lohnsubventionierung wurde zur Erwerbsarmutsfalle. Der deutsche Sozialstaat wurde wieder dualistischer, denn er unterscheidet bei der Sozialversicherung zwischen Insidern und Außenseitern (Seeleib-Kaiser), zu denen das Heer der Erwerbsarmen und Langzeitarbeitslosen gehören.

2. Gibt es ein Modell Deutschland?

> *„Viele europäische Staaten wurden seit dem Zweiten Weltkrieg irgendwann einmal als besser, außergewöhnlich oder sogar als Wunder bezeichnet.“ (Schmitter)*

Im Laufe der Zeit gab es viele Erfolgsmodelle: das schwedische Modell, der Austrokeynesianismus, das niederländische „Polder-Modell“, das italienische Wirtschaftswunder „miracolo economico” in den 1960er Jahren, um nur einige zu nennen. „Neu ist der starke Einfluss Deutschlands in der EU, weshalb das Modell Deutschland nicht länger nur ein Ländermodell ist, das man kopieren kann oder nicht, sondern ein supranationales Modell, das eine autoritäre Wirkung auf die Politik der Mitgliedstaaten hat“ (Schmitter und Todor). Für die Nachbarstaaten hat das Modell Deutschland damit eine neue Dimension erlangt, die es eingehender zu untersuchen gilt.

Becker unterstützt dies, wenn er sagt, dass in Deutschland selbst in den 1950er und 60er Jahren der Keynesianismus schwach ausgeprägt war. Die kosten- und preisbewusste deutsche Exportorientierung entsprach eher dem ordoliberalen Modell. Das kann man auch heute wieder feststellen, wo Deutschland sein anti Inflationsmodell Europa aufzwingt. „Auf Drängen Deutschlands wurde die Einführung des Euros an Regeln für das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung gekoppelt und leistete so den Regeln der ordoliberalen Politik Vorschub, was den Spielraum für Steuerpolitik beschnitt und die nationalen Parlamente entmachtete. Im Einklang mit der deutschen neomerkantilen Politikausrichtung und dem allgemeinen internationalen Trend schlug die EU-Politik zunehmend eine antiinflationäre Richtung ein“ (Becker).

Ein Modell kann von anderen nachgeahmt oder imitiert werden (Schmitter und Todor). Als dominanter Akteur in Europa wurde Deutschland immer in allen Klassifizierungssystemen der Politikwissenschaft und Ökonomie typisiert und eingeordnet. Es wurde jedoch historisch nicht immer als ein besonderes Land oder als Land mit herausragenden Ergebnissen eingestuft, dem andere nacheifern sollten. Der „kranke Mann Europas“ war eindeutig kein Vorbild für andere.

Nicht alle Autoren sind der Meinung, dass es ein deutsches Modell gibt. Manche sehen viele deutsche Modelle, die auftauchen und wieder verschwinden. Das “exportgestützte deutsche Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit, das „Modell Deutschland” Anfang der 1980er Jahre aufgrund seiner relativ guten sozioökonomischen Leistung nach der Ölkrise, die Genesung des kranken Manns Europas (aufgrund seines veralteten und ineffizienten Steuerwesens,

des aufgeblähten Sozialstaats und übermäßig hoher Lohnkosten) zum neuen Modell Deutschland (The Economist, 2012) durch eine relativ schnelle Rückkehr zu Wirtschaftswachstum und relativ geringen Arbeitslosenquoten (Seeleib-Kaiser).

Die Frage, ob es ein deutsches Modell gibt und worin dieses besteht, wird innerhalb und zwischen den Disziplinen unterschiedlich beantwortet. Die Wirtschaftswissenschaftler haben weniger Mühe, die Idee eines Modells zu akzeptieren, als Politologen und Soziologen. Die Ökonomen beziehen sich in der Regel auf die makroökonomischen Merkmale des Modells und befassen sich vorrangig mit den Lohnkosten und der Exportleistung, wobei sie einige wenige Indikatoren der Arbeitsbeziehungen mitberücksichtigen. Die wohlfahrtsstaatlich orientierten Soziologen und Politologen hingegen fassen vor allem die verschiedenen Arbeitsmarktreformen und ihre Auswirkung auf die Sozialpolitik und Armut ins Auge. Die Politikwissenschaftler und Organisationssoziologen beleuchten Mikroelemente wie die Arbeitnehmerbeteiligung, Arbeitsbeziehungen, Unternehmensführung und Formen der Tarifverhandlung. Es liegt im Auge des Betrachters, ob es ein deutsches Modell gibt und wie wünschenswert, exportfähig und nachhaltig dieses ggf. ist. Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen haben Beiträge zu diesem Band geleistet. Die Analyse der Wirtschaftswissenschaftler (siehe z. B. Kleinknecht und Kleinknecht, Marterbauer, Ramskogler und Schuberth, Becker), der Politologen (siehe z. B. Boyer, Schmitter und Todor, Scharpf, Hall, Hassel, Knuth, Behrens, Calvo, Schulten, Reisenbichler und Morgan) und der Sozialwissenschaftler (siehe Seeleib-Kaiser und Tylecote) fällt unterschiedlich aus. Es gibt auch große Unterschiede zwischen den Politologen, je nachdem welche Schule sie vertreten. Dies hängt damit zusammen, dass das Modell Deutschland aus sehr unterschiedlichen Teilen besteht.

Die Bestandteile, aus denen die deutschen Modelle bestehen, sind die makro- und mikroökonomischen Merkmale, die Calvo in diesem E-Book sehr schön beschreibt: „Aus makroökonomischer Sicht beinhaltet das deutsche Modell eine Vorliebe für Leistungsbilanzüberschüsse, niedrige Inflation, ausgeglichene Steuerkonten, eine geringe Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP und einen großzügigen Sozialstaat. Aus mikroökonomischer Sicht sind die Hauptmerkmale des deutschen Modells ein starkes System der universitären und dualen beruflichen Ausbildung, einvernehmliche Tarifverträge, lokale Banken mit spezifischer Kenntnis der Wirtschaft und ein dichtes und hochwertiges Netzwerk von Institutionen, die sich der industriellen Innovation verschrieben haben.“

Bezüglich des Sozialstaats hat sich Deutschland mit den Hartz-Reformen drastisch verändert. Seeleib-Kaiser geht sogar so weit, vom Ende des deut-

schen Modells zu sprechen: „Deutschland hat sich in Richtung eines liberalen Wohlfahrtsstaates entwickelt, den man für gewöhnlich eher mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten verbindet“ (Seeleib-Kaiser).

Behrens sieht die starken Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie universelle Institutionen wie arbeitgeberübergreifende Tarifverhandlungen und Betriebsräte als das Rückgrat der traditionellen deutschen Wirtschaft oder des „deutschen Modells”. „Bei sinkenden Mitgliedszahlen der Gewerkschaften und Schwächung der Arbeitsbeziehungen gab es unterschiedliche Deutungen. Die Literatur zum disorganisierten Kapitalismus befürchtet, dass die nationalen Tarifverträge unter dem Druck der Weltmärkte nachgeben. Streeck spricht sogar davon, dass die deutsche Wirtschaft von der ‚zentralisierten, autoritären Koordinierung und Kontrolle zum diffusen Wettbewerb übergeht.“ Hassel sieht eine Dualisierung zwischen dem Kern großer Unternehmen im fertigenden Sektor mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, hoher Tarifbindung und Wahrscheinlichkeit eines Betriebsrats und der Peripherie, wo solche wesentlichen Institutionen überwiegend fehlen. Behrens argumentiert, dass die Institutionen zur Regulierung der Arbeitsbeziehungen zwar geschwächt, die Strukturen der Unternehmensführung geändert wurden und die Einkommensungleichheit zugenommen hat, es aber immer noch einen Kern gibt – einige Grundelemente der koordinierten Marktwirtschaft, die fortbestehen oder wieder auftauchen. Behrens zeigt, dass in der Finanzkrise die Akzeptanz der Sozialpartnerschaft und arbeitgeberübergreifende Tarifverhandlungen zugenommen haben und die betriebliche Konfliktlösung durch die Betriebsräte rückläufig war. „Die Mitbestimmung kann reaktiviert und vielleicht sogar verjüngt werden, wenn auch unter sehr spezifischen Umständen“ (Behrens).

Schmitter und Todor sehen kein deutsches Modell, sondern vielmehr eine Politik des „sich Durchwurstelns“, die ein makroökonomisch momentan günstiges Ergebnis produziert. Schmitter und Todor bedauern, dass die „Modell-Debatte“ hauptsächlich von Wirtschaftswissenschaftlern geführt wird, und sehen die Tendenz, wirtschaftliche Institutionen und Variablen zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Die guten wirtschaftlichen Ergebnisse hängen von der demokratischen Leistung politischer Institutionen und von Politik ab, die von Wirtschaftswissenschaftler häufig ignoriert werden. „Wahlen zwischen konkurrierenden, glaubwürdigen politischen Parteien und die Legitimation, die die Bürgern den Wahlgewinnern verleihen, die Stabilität und Effektivität der Regierung, die von den Wahlsiegern gebildet wird, die Existenz stabiler und nicht gewalttätiger Beziehungen zwischen den Vertretern des Kapitals und der Arbeit und nicht zuletzt eine ehrliche öffentliche Verwaltung und ein Rechtssystem, die politische Maßnahmen unparteiisch umsetzen und Rechte

ungeachtet der regierenden Partei schützen, sind wichtige politische Größen, die dem wirtschaftlichen Erfolg zugrunde liegen“ (Schmitter und Todor).

Van Waarden sieht das deutsche Rechtssystem und die vielen eingebauten Kontrollmechanismen (checks and balances) als häufig übersehenes wesentliches Merkmal des deutschen Modells. Das deutsche legalistische Modell als Gegensatz zum pragmatischen Rechtssystem der Niederländer erklärt die großen Unterschiede zwischen den ökonomischen Unterschieden zwischen Deutschland und den Niederlanden (van Waarden). Verhandlungen zwischen Firmen in Deutschland sind sehr genau und zeitraubend, aufgrund der legalistischen Kultur. Aber aus Angst rechtlich verfolgt zu werden, sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Organisationen sehr sorgfältig. Niederländische Wirtschaftsorganisationen sind pragmatischer, flexibler und schneller, aber weniger stabil.

3. Welche theoretische Auffassung steht hinter der Sicht des deutschen Modells? Was ist die Ursache des deutschen Erfolges?

> *„Westeuropa und einige nordische Länder haben sozialdemokratische Marktwirtschaften, die anderen nordeuropäischen Länder haben kontinentale koordinierte Marktwirtschaften das Vereinigte Königreich und Irland haben liberale Marktwirtschaften und Südeuropa hat gemischte Marktwirtschaften.“ (Hall)*

Die institutionelle Ökonomie, Industriesoziologie und vergleichende Politikwissenschaft betonen die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen Ergebnissen, Institutionen und der Mikroorganisation von Unternehmen und Sektoren. Im Hinblick auf eine Typisierung haben die Industriesoziologen hingewiesen, dass die Produktion nicht nur von der Unternehmensorganisation abhängt, sondern auch von den sie umgebenden Institutionen. Untersuchungen zum Neokorporatismus haben gezeigt, dass die Organisation von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen die Effektivität beeinflusst, mit der Länder Inflation und Arbeitslosigkeit bekämpfen (siehe z. B. Schmitter und Todor, Streeck und Scharpf). Traxler und Unger (1994) haben festgestellt, dass korporatistische Länder wie Deutschland nicht hur höhere statische Effizienz, sondern auch höhere dynamische Effizienz aufweisen. Whitley hat dargelegt, dass Deutschland einem Typus von nationalem Innovationssystem angehört, der besser inkrementelle statt radikaler Innovationen umsetzen kann, und hat dies anhand verschiedener Branchen getestet (siehe Unger 2000).

Die Literatur zu den Varieties of Capitalism (Spielarten des Kapitalismus), die auf Hall und Soskice zurückgeht (Hall, Hassel), stuft Deutschland als koordinierte Marktwirtschaft gegenüber liberalen Marktwirtschaften ein. Dieser Ansatz betont, dass Wohlstand durch verschiedene politische Ökonomien entstehen kann, die unterschiedlich organisiert sein können, und unterscheidet dabei zwei Arten des Kapitalismus entlang mehrerer Dimensionen (s. Hassel):

1**. Arbeitsbeziehungen** Unternehmen verhandeln und stimmen die geltenden Arbeitsbedingungen und die Höhe des Entgelts mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitgebern ab. Deutschland ist von einem hohen Maß an Organisation, Koordinierung und Zentralisierung der Arbeitsbeziehungen geprägt, während die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in liberalen Marktwirtschaften dezentral sind. „Viele deutsche Firmen verfügen über ausgezeichnete Fähigkeiten, ihre Produkte und Fertigungsprozesse Schritt für Schritt zu verbessern, zum Teil, weil die Betriebsräte mit Unterstützung relativ starker Gewerkschaften den Arbeitnehmern ein gewisses Maß an Arbeitsplatzsicherheit und Mitsprache bei den Entscheidungen der Unternehmensführung geben, was es den Firmen erleichtert, sich die Unterstützung ihrer Mitarbeiter zu sichern. Dies führt zu inkrementellen Innovationen und hochwertigen Produkten“ (Hall).

2. **Berufsausbildung** „Auf sektoraler Ebene ist die duale Berufsausbildung herausragend und garantiert hoch qualifizierte Arbeitnehmer. Sie basiert auf formellem Unterricht und praktischer Ausbildung in den Betrieben und baut auf der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf, die auf Branchenebene gut organisiert sind´(Hall). ‚Die deutsche duale Ausbildung ermöglicht den Erwerb von betriebs- oder branchenspezifischen Fähigkeiten, die nicht ohne Weiteres von einem Unternehmen zum anderen übertragbar sind. Die liberalen Marktwirtschaften ziehen hingegen den Erwerb übertragbarer Fähigkeiten vor“(Hassel).

3. **Unternehmensführung und unternehmensübergreifende Beziehungen** „Unternehmen wählen ihre Strategien mit dem Ziel, Zugang zu Finanzierung zu bekommen und ihre Aktionäre zufriedenzustellen. Sie unterscheiden dabei zwischen unterschiedlichen Lieferanten- und Kundenbeziehungen sowie zwischen verschiedenen Strategien des Zugangs zu Technologien“ (Hassel). Es gibt Querbeteiligungen zwischen Unternehmen; solche Verbünde sind für die gemeinsame Forschung und Entwicklung sehr förderlich, da sie Firmennetzwerke fördern, die es den Unternehmen ermöglichen, sich weiterzuentwickeln und ihr Image gegenseitig zu beobachten; außerdem schützen sie Firmen vor feindlichen Übernahmen, die ihre engen Beziehungen zu den Arbeitnehmern gefährden könnten. (…) „Das Ergebnis ist eine Form von Stakeholder-

Kapitalismus, bei dem die Unternehmen auf die Belange ihrer Arbeitnehmer und die anderer Firmen sowie der Aktionäre achten – im Gegensatz zur liberalen Marktwirtschaft, wo es nur um den Aktienkurs des Unternehmens geht" (Hall).

4. **Beziehungen zu den Arbeitnehmern** „Die Abstimmung und Kommunikation zwischen den Unternehmen und ihren Arbeitnehmern erfolgt unter Bezugnahme auf die Selbstverpflichtung der Arbeitnehmer und deren Verinnerlichung der Unternehmensziele und -interessen sowie deren Motivation" (Hassel).

Hassel zeigt, dass das deutsche Modell große Veränderungen erfuhr und sich im Wandel befindet. Das Tarifverhandlungssystem hat sich verändert. „Am Ende des Jahrzehnts ist die institutionelle und regulative Stabilität mit einem viel höheren Maß an Flexibilität bei den Arbeitspraktiken auf betrieblicher Ebene und einer zunehmenden Schwäche der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften verbunden." Durch die Hartz I–IV Reformen änderte sich die institutionelle Struktur der Bundesagentur für Arbeit – die Reform der Arbeitslosenversicherung war weitreichend und bedeutete eine drastische Kürzung der Leistungen für Langzeitarbeitslose, die nach 12 bis 18 Monaten Erwerbslosigkeit Sozialhilfe erhielten. Frühere Maßnahmen zum Qualifikationserhalt, die verhinderten, dass Facharbeiter gezwungen werden, ungelernte Arbeitsplätze anzunehmen, wurden abgeschafft. Gleichzeitig wurde eine Art negativer Einkommensteuer eingeführt, die es Arbeitnehmern mit schlecht bezahlten Teilzeitarbeitsplätzen ermöglichte, ihr Einkommen durch Sozialleistungen aufzustocken. Die Erwerbsarmutsquote stieg sprungartig an, wodurch Deutschland sich zur Gruppe der Länder mit dem höchsten Anteil von Niedriglohnempfängern in der EU dazugesellte. Hassel sieht eine Dualisierung des Arbeitsmarkts infolge der Reformen.

Die duale Berufsausbildung ist noch immer die vorherrschende Form der Ausbildung nach der Sekundarschule. Da immer mehr Schulabgänger mit gering qualifizierter Ausbildung abbrechen oder den Anforderungen einer anspruchsvollen Ausbildung nicht gewachsen sind, entwickelte sich neben der praktischen Ausbildung im Betrieb ein schulisches Ausbildungssystem. (Hassel)

Veränderungen in der Körperschaftssteuer Anfang der 2000er Jahre gaben Firmen einen Anreiz, sich vom früheren festen Netzwerk der gegenseitigen unternehmerischen Beteiligungen zu lösen. Trotz aller Veränderungen sieht Hassel jedoch einen intakten Kern. „Das Modell Deutschland war ein wesentlicher Faktor, warum die deutsche Wirtschaft die große Rezession von 2009 relativ glimpflich überstanden hat. Als die Rezession einsetzte und das BIP

einbrach, wechselten Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung zu den etablierten politischen Instrumenten, auf denen das „alte“ deutsche Modell basierte, um die Krise zu bekämpfen.“ Der Hauptfaktor dieser Entwicklung war die Kurzarbeitinitiative, die es den deutschen Firmen ermöglichte, ihre Facharbeiter zu halten und schneller als die liberalen Marktwirtschaften zu reagieren, als die Weltmärkte die ersten Zeichen einer Wiederbelebung zeigten.

Scharpf bemängelt an den meisten Diskussionen über den deutschen Erfolg die fehlende Beachtung der Wechselwirkung zwischen dem inländischen Modell und dem internationalen Währungsumfeld. „Die Spielarten des Kapitalismus müssen um eine Einschätzung der Spielarten makroökonomischer Systeme und eine politisch-ökonomische Variante von Peter Gourevitchs (1978) Betonung des Einflusses internationaler Systeme auf inländische Entscheidungen ergänzt werden“ (Scharpf).

Schmitter und Todor argumentieren, dass der Dominanz der Wirtschaftswissenschaftler in dieser Debatte dazu führt, dass die Rolle der Politik und Demokratie vernachlässigt wird. Außerdem sind sie der Meinung, dass Deutschlands gute Ergebnisse „eher das Produkt von Improvisation und Experimentieren sind, als dass sie der abstrakten Logik einer „koordinieren Marktwirtschaft“, des „sozialen Kapitalismus" oder der "sozialen Demokratie“ folgen“.

Einige Autoren meinen, dass Deutschland eine Dualisierung erlebt: eine Unterteilung der Gesellschaft in einen Sektor von Insidern, die zur Stammbelegschaft gehören, und eine Peripherie weniger geschützter Außenseiter (z. B. Hassel) oder eine institutionelle Dualisierung zwischen Arbeitnehmern und Erwerbslosen (Seeleib-Kaiser). Andere Autoren argumentieren, dass Deutschland diese Dualisierung überwinden wird. Reisenbichler und Morgan beobachten sogar eine Entdualisierung und sehen neue Bemühungen der Integration ausgegrenzter Arbeitnehmer, zum Beispiel durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der in Deutschland 2015 in Kraft getreten ist.

Ein weiterer Theorieansatz, der Modelltypen erarbeitet hat, in die auch Deutschland eingeordnet wurde, ist die französische „théorie de la régulation“ (Regulationstheorie). Sie befasst sich mit der Frage, wie Institutionen in bestimmten Bereichen der politischen Ökonomie die Arbeit von Institutionen in anderen Bereichen verbessern können (Boyer). Die Regulationstheorie diskutiert den historischen Wandel der politischen Ökonomie durch zwei zentrale Konzepte: das Akkumulationsregime (z. B. Fordismus) und den Regulationsmodus (z. B. Massenproduktion, Vollbeschäftigung bei Vollauslastung). Der

Regulationsmodus ist ein System institutioneller Vorschriften und Normen und umfasst in der Regel einen Geld-, Wettbewerbs-, Lohn- und Staatsmodus und ein internationales Regime.

Der Regulationsansatz betont, die historische Bildung von Übereinkünften auf nationaler Ebene, auf deren Basis Unternehmen ihre eigenen Strategien entwickeln und anpassen. Ein Beispiel ist die Eröffnung neuer Standorte im Ausland durch deutsche Firmen, bei denen diese selten die gleiche Organisationsform übernehmen, z. B. bei Arbeitsverträgen und Auslagerungen, da es im anderen Land keine institutionelle Unterstützung bei der Qualifizierung von Arbeitnehmern und der Gestaltung der Entgeltpolitik gibt. Das heißt, dass institutionelle Sachzwänge die organisatorischen Entscheidungen eines Unternehmens beeinflussen (…). Es gibt eine Form von Komplementarität zwischen den Institutionsformen und der Unternehmensorganisation.' (Boyer) Der Autor sieht ein neues deutsches Modell im Entstehen.

4. Ist das Modell Deutschland nachhaltig?

> *„Der deutsche Erfolg erinnert an eine Momentaufnahme, wie ein flämisches Stillleben aus dem 16./17. Jahrhundert, das einen wunderschönen Augenblick einfängt, dabei aber gleichzeitig die Vanitas, die Vergänglichkeit dieses Augenblicks widerspiegelt." (Ramskogler und Schuberth)*

> *„Das deutsche Modell hat sich seit der Wiedervereinigung beträchtlich verändert und bezieht seine Beständigkeit aus seiner Fähigkeit, sich zu reformieren, ohne seine Logik dabei aufzugeben." (Boyer)*

Die Nachhaltigkeit des deutschen Modells wird in diesem E-Book sehr widersprüchlich beurteilt. Scharpf ist der Ansicht, dass der deutsche Erfolg an der unterbewerteten Währung liegt und solange Bestand haben wird, wie die Währungsunion nicht zusammenbricht und die Nachfrage in den BRIC-Staaten nach deutschen Investitionsgütern und Luxusautos stark genug bleibt, um die exportabhängige deutsche Wirtschaft zu stützen. Er meint, dass der deutsche Erfolg nicht nachhaltig sein kann, sollte eine dieser Bedingungen nicht mehr gegeben sein. (Scharpf)

Andere Autoren, allen voran Schulten, Ramskogler und Schuberth, sind der Meinung, dass langfristig akkumulierte Exportüberschüsse nicht möglich sind. Sie würden letztlich den Bankrott der Länder mit Importüberschuss bedeuten. Ramskogler und Schuberth argumentieren weiter, dass das deutsche Modell politisch nicht nachhaltig ist. Die erfolgreiche Verbesserung der deutschen

Leistungsbilanz ist in beträchtlichem Maße dem Sparen des privaten Sektors geschuldet. Aber positive Nettoersparnisse in den Unternehmen sind gleichbedeutend mit ausbleibenden Investitionen. Deutschland hat während der Krise große Kapitalverluste erlitten, da Nettoauslandsforderungen in Höhe von etwa 600 Milliarden Euros, das sind 22% seines BIPs, verloren gingen. Das heißt, dass ein Großteil des Kapitals, das durch die Konsum- und Investitionszurückhaltung in Deutschland gespart worden war, letztendlich verloren gegangen ist. „Es gibt vermutlich kaum eine Bevölkerung, die eine andauernde Sparsamkeit akzeptiert, wenn die damit verbundenen Ersparnisse verloren gehen." (Ramskogler and Schuberth)

Viele Autoren sehen einen Wandel des deutschen Modells, wobei die Einschätzung des Ausmaßes dieses Wandels unterschiedlich aus. Hassel verweist auf Streeck, wonach die Besonderheit des deutschen Modells im Vergleich zu anderen politischen Ökonomien weitgehend verloren gegangen ist, da der Prozess der Liberalisierung und Deregulierung in allen hoch entwickelten politischen Ökonomien in einem solchen Maße Marktmechanismen etabliert hat, dass die Besonderheiten des Ausbildungssystems, der Entgeltfestlegung und der Unternehmensführung nicht viel mehr als Zierrat sind. (Hassel)

Andere Autoren vertreten die Meinung, dass die Hauptmerkmale einer koordinierten Marktwirtschaft, die auf einer Nicht-Markt Koordinierung beruhen, intakt geblieben sind und auch weiterhin die wesentlichen Charakteristika der politischen Ökonomie ausmachen. (Hassel, Behrens)

Zwischen diesen beiden Positionen ist eine Dritte entstanden, die einen Trend zur Liberalisierung und Deregulierung erkennt, aber argumentiert, dass sich diese Verläufe in unterschiedlichen Bereichen der politischen Ökonomie grundlegend unterscheiden. (Hassel). Im Bereich Wohlfahrtspolitik sieht Seeleib-Kaiser das Ende des deutschen sozialstaatlichen Modells der Bismarck-Ära und einen klaren Richtungswechsel hin zu einem liberalen Wohlfahrtsstaatsregime.

Mehr Sorgen rufen die Entwicklungen auf Mikroebene hervor. Manche Analytiker meinen, dass die Normen, die deutschen Firmen Anreize zur Zusammenarbeit geben und damit die Kooperation und Erstellung öffentlicher Güter fördern, unter dem intensiven Druck ausländischen Wettbewerbs und durch die Liberalisierungsreformen ausgehöhlt wurden (Streeck, Hassel, Behrens). Aber das deutsche Modell hat sich historisch als flexibel erwiesen. „Die Koordinierung ist nicht immer reibungslos: Herstellergruppen bewegen sich manchmal nur unter dem Druck der Regierungen. Einige Konstruktionen bieten den Akteuren viel Spielraum im Rahmen sehr dehnbarer Leitlinien, und

Unternehmen haben sich in jüngster Zeit auf der Suche nach Flexibilität von einigen Absprachen abgewendet.“ (Hall)

Hassel sieht einen Wandel des deutschen Modells in Richtung liberales Modell, aber im Wesentlichen bleibt es dahin gehend „deutsch“, dass viele seiner institutionellen Merkmale den Prozess der Liberalisierung definieren’. Die Dualisierung des Arbeitsmarkts ist zum Beispiel nicht gleichzusetzen mit einer völligen Liberalisierung des Arbeitsmarkts wie im Vereinigten Königreich oder den USA. Es findet jedoch eine dynamische Veränderung statt. Das deutsche Modell tritt in eine neue Ära ein, die die Koordinierung der Kernmerkmale des Industriesektors mit neuen liberalen Elementen verbindet. Die Institutionen werden ausgehöhlt, während ihre formellen Strukturen unversehrt bleiben; das Verständnis der Rolle der Arbeit wandelt sich. Während das „alte“ deutsche Modell beispielsweise der Betriebszugehörigkeit und lebenslangen Beschäftigung in großen Firmen des Industriesektors hohen Wert beimaß, ist dieses Modell nicht mit einer Arbeitnehmerschaft kompatibel, die zu einem hohen Maß aus Frauen und Zuwanderern besteht und im Dienstleistungssektor arbeitet. Die geringere Bindung an einen Arbeitgeber erschwert es für ArbeitnehmerInnen, spezifische Qualifikationen zu erwerben und zu halten. Eine Prämie für spezifische Qualifikation ist daher viel schwerer aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeitnehmerschaft durchmischter ist.

Hall und Hassel sehen in der Demographie und ausreichenden Zuwanderung Herausforderungen für die Nachhaltigkeit. Tylecote ist der Meinung, dass Deutschland noch immer ein sehr traditionelles Modell mit dem Mann als Ernährer hat, das die Frauen als Nebenverdienerinnen sieht. ‚Damit hängt die geringe Geburtenrate zusammen, da viele qualifizierte Frauen nicht bereit sind, diese Rolle einzunehmen.’ Schmitter weist darauf hin, dass die Frage nach der Nachhaltigkeit des deutschen Modells falsch ist, vor allem für die südeuropäischen Länder: „Aus Sicht Italiens ist die Kernfrage nicht, wie lange es dauert, sondern wie stark die Wirkung ist, solange es andauert.“

5. Kann man das Modell Deutschland exportieren?

„Ein Wunder kann man nicht kopieren; man kann bestenfalls dafür beten.“ (Knuth)

Es herrscht fast Einigkeit darüber, dass das Modell Deutschland nicht exportiert oder nachgeahmt werden kann. Das deutsche Modell besteht aus einem Zusammenwirken von Institutionen auf Mikro- und Makroebene, das nicht eins zu eins kopiert werden kann.

„Einige haben nahegelegt, dass die Lösung darin bestünde, die südeuropäischen Länder zu zwingen, das deutsche Modell zu übernehmen. Aber aus meiner Sicht ist dies vollkommen unrealistisch ist. Die südeuropäischen Länder können gezwungen werden, ausgeglichene Haushalte zu verabschieden, eine Maßnahme, die der europäische Fiskalpakt ihnen nun abverlangt. Aber der Erfolg des deutschen Modells hängt ebenso sehr von Mikro- wie von Makrobereichen ab, nämlich der organisatorischen Struktur seiner politischen Ökonomie und es ist unwahrscheinlich, dass sich diese durch Südeuropa kopieren lässt. Die Struktur einer politischen Ökonomie kann man nicht über Nacht ändern. Sie basiert auf der Organisation von Produzentengruppen und der Fähigkeit zur Zusammenarbeit, die sich nur durch jahrzehntelange, harte Erfahrung aufbauen lässt“ (Hall). Hall sieht dies als „Schicksal des deutschen Modells“. Seiner Meinung gibt es das deutsche Modell und es ist überlebensfähig, kann aber nicht kopiert werden.

Scharpf ergänzt, dass nicht alle europäischen Wirtschaften Industriestrukturen haben, die eine exportorientierte Wachstumsstrategie, wie sie Deutschland verfolgt, ermöglichen.

Van der Linde argumentiert in diesem Band, dass die Übernahme eines Teils des Modells, dem die betreffenden komplementären Strukturen fehlen und das damit nicht in die restlichen politischen Institutionen eines Lands passt, sogar die gegenteilige Wirkung haben könnte.

Auch Knuth warnt davor, dass die Entdeckung eines „Wunders“ unausweichlich dazu führt, dass es als „Modell“ betrachtet wird, dem andere folgen sollen, obwohl das logische Paradoxon offensichtlich sein sollte: „Ein Wunder kann man nicht kopieren, man kann bestenfalls dafür beten.“ Er warnt vor „Wundellen“, d. h. die Übertragung wundersam erfolgreicher Modelle in ein zwingendes politisches Umfeld. (Knuth) Deutschland kann seiner Meinung nach nicht als Vorbild für Europa dienen, vor allem nicht für den Süden.

Die Nachbarn sehen Deutschland durch eine andere Brille. Boyer analysiert mit der von ihm entwickelten Regulationstheorie, warum das deutsche Modell

nicht nach Frankreich oder in die südeuropäischen Länder exportiert werden kann. „Das deutsche Modell, das angeblich seit Jahrzehnten keine Veränderung erfahren hat, muss hinterfragt werden. Es hat sich seit der Wiedervereinigung beträchtlich gewandelt und bezieht seine Belastbarkeit aus der Fähigkeit, sich zu reformieren, ohne seine Logik aufzugeben. Das erklärt, warum Versuche, das deutsche Modell zu importieren, so wenig Effekt auf die französische Entwicklung hatten, aber die gleichen Gründe gelten für die Länder Südeuropas, denen die deutschen Behörden sehr freizügig die Fähigkeit zumuten, dieses Modell als Ausweg aus der Krise zu übernehmen, und sei es nur in Teilen."

Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung hat Deutschland das System der dualen Berufsausbildung aufgebaut, während Frankreich in der Ausbildung mehr Wert auf eine allgemeine Bildung legte und die berufsspezifische Ausbildung zur zweiten Wahl machte, was „die hierarchische Beziehung zwischen den Reihen der industriellen Arbeitnehmer und ihrer höher qualifizierten Vorgesetzten und Führungskräfte verfestigte." „Das Ergebnis ist eine unterschiedliche Art des gemeinsamen Übernehmens von Verantwortung und der Entlohnung auf den beiden Rheinseiten, auch wenn die Unternehmen auf dem gleichen Markt tätig sind." (Boyer) Deutschland setzte auf spezialisierte Fertigung, Frankreich auf Massenproduktion. So kann Deutschland Preise setzen, während Frankreich Preisnehmer ist und von den Preisen, die auf den Weltmärkten erzielt werden abhängig ist, was zu geringeren Investitionen geführt hat.

Durch die Globalisierung wurden die Arbeitsbeziehungen in Deutschland segmentiert, aber im Exportsektor blieb die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Die spezialisierten Fertigungsbetriebe in Deutschland wurden durch diesen Prozess gestärkt, aber das sozioökonomische System hat sich doch verändert (siehe Boyer). „Länder wie Frankreich waren nicht zu Modernisierung und angemessenen Reformen in der Lage" (Boyer).

In Italien bewundert man die deutsche Wirtschaftskraft. Aber – im Gegensatz zu den früheren Wirtschaftswundern kleinerer Länder – hat man aufgrund der Größe Deutschlands und seines Einflusses in der EU auch Angst vor dem deutschen Modell. Schmitter vergleicht die wirtschaftlichen und politischen Institutionen in den beiden Ländern und prüft ihre Komplementarität. Er verwendet mehrere Variablen, um die ökonomische Dimension zu operationalisieren, die vom „sozialen bis zum liberalen Kapitalismus" reicht, die politische Dimension reicht von „Sozialdemokratie bis zur liberalen Demokratie". Schmitter und Todor sehen viele Parallelen zwischen den deutschen und italienischen Institutionen. Sie finden, dass weder die deutschen noch die italienischen ökonomischen oder politischen Variablen die Form von Komplemen-

tarität aufweisen, die von den den Theoretikern der Variety of Capitalism, der Spielarten des Kapitalismus, als Schlüssel für gute Leistung vorausgesetzt wird. Es sei eine zweite Komplementarität notwendig, zwischen der wirtschaftlichen und politischen Dimension, zwischen Formen des Kapitalismus und Formen der Demokratie. Italien und Deutschland ähneln sich in vielerlei Hinsicht: Beide haben einen ausgeprägten Mittelstand und eine Art der Unternehmensführung, die Firmen vor feindlichen Übernahmen schützt. Es gibt jedoch große Unterschiede in der politischen Dimension. Italiens politische Ordnung ist viel zentralisierter. Außerdem basiert die deutsche Ordnung auf: „(1) einem System mit einer begrenzten Anzahl von Parteien, die zentripetal um die Gunst moderater Wähler buhlen, sich aber im Laufe der Zeit immer wieder an der Regierungsspitze ablösen und somit die Tendenz zu einer starren Parteienoligarchie und Korruption mindern; (2) einem ordentlichen und berechenbaren System der funktionalen Vertretung und des Interessensausgleichs zwischen den sozialen Klassen und Wirtschaftszweigen, das ein gegenseitiges Entgegenkommen fördert und gleichzeitig eine Differenzierung der Ergebnisse auf der Meso- und Mikroebene zulässt; und (3) einer territorialen Verteilung der Autorität, die in wenigen, aber wichtigen Aspekten dergestalt dezentralisiert ist, dass ein gewisser Wettbewerb zwischen den Regionen/Ländern und zwischen ihren jeweiligen Behörden stattfindet und damit Neuerungen in der Politik der politischen Ökonomie fördert."

In Spanien wurde das Modell Deutschland intensiv diskutiert. Es wurde als naheliegend betrachtet, das Konzept der Kurzarbeit zu übernehmen, um die Arbeitslosigkeit zu senken, aber man kam zu dem Schluss, dass es sich nicht für den spanischen Kontext eignet, da es darauf angelegt ist, vorübergehende Nachfragerückgänge zu steuern, während die Situation in Spanien eine strukturelle Komponente hat. Die spanische Politik der Exportförderung und Senkung der Arbeitskosten mit dem Ziel, Spanien näher an das deutsche Modell heranzuführen, war nicht erfolgreich, weil in bestimmten Bereichen große Unterschiede fortbestehen, wie bei dem Industrieanteil am BIP, bei der Anzahl und dem Ausmaß der Hürden, die es bei der Eröffnung eines Unternehmens zu überwinden gilt, bei der Qualifizierung der Arbeitnehmer und bei (sehr begrenzten) Investitionen in Forschung und Entwicklung. (Calvo)

Der „Krieg der Modelle" wird heute über Arbeitsmarktinstitutionen ausgetragen. Viele niederländische Wirtschaftswissenschaftler sind der Meinung, dass das deutsche Beispiel zeigt, wie sich die Kosten für Arbeitsmarktreformen in der Krise selbst tragen können, wohingegen die Reformen in den Niederlanden hinterherhinken. Während die Deutschen früher in die Niederlande reisten, um deren Polder-Modell zu studieren, kommen die Niederländer heute nach Deutschland und sind der Meinung, dass es die Niederländer versäumt haben, im gleiche Maße Reformen vorzunehmen wie die Deutschen

(de Beer). Sie übersehen jedoch einen wichtigen Aspekt: die Komplementarität der Institutionen. Eine Arbeitsmarktreform führt in einem anderen Land unter einem anderen institutionellen Rahmen nicht zum gleichen Ergebnis (van der Linde).

Paul de Beer hinterfragt das deutsche und das niederländische Wunder, indem er die sozioökonomische Leistung Deutschlands und der Niederlande mit dem (nicht gewichteten) Durchschnitt sechs weiterer Ländern vergleicht, darunter fünf wohlhabende nordwesteuropäische Länder (Belgien, Dänemark, Frankreich, Schweden und das Vereinigte Königreich) und die Vereinigten Staaten. Der Begriff des niederländischen Wunders, der sich auf das sogenannte „Polder-Modell“ bezieht, wurde eingeführt, um den tripartistsichen Konsens zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung zu beschreiben, der zu einer geringeren Arbeitslosigkeit führte, aber auch zu Lohnzurückhaltung, Teilzeitarbeit und einer beträchtlichen Senkung der Sozialausgaben, jedoch ohne maßgebliche Verschärfung der Einkommenskluft oder der Armut. Heute hat Deutschland die meisten anderen EU-Länder bezüglich Beschäftigungszunahme und Senkung der Arbeitslosigkeit übertroffen. Beide Erfolgsmodelle basierten auf einer Kombination aus Lohnzurückhaltung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, beide gingen mit einer massiven Exportsteigerung einher und beide führten zu einer relativ schwachen oder moderaten Produktivitätssteigerung. Außerdem kam der Erfolg in beiden Ländern nach einer eher schlechten Phase (De Beer). De Beer vertritt die Ansicht, dass die Rolle der Kurzarbeit in der Debatte über das Wirtschaftswunder überbewertet wird. In Deutschland und in den Niederlangen verkürzte sich die durchschnittliche Arbeitszeit weniger als in den anderen Ländern. „Betrachtet man die Zahlen langfristig, haben die Niederlande und Deutschland die anderen sechs Länder nur im Hinblick auf die Beschäftigungszunahme übertroffen. Über einen Zeitraum von 33 Jahren schneiden Deutschland und die Niederlande bei der Arbeitslosenquote und dem Wirtschaftswachstum eher bescheiden ab.“

Österreich ist institutionell Deutschland sehr ähnlich. Das Land ist neokorporatistisch, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sind relativ stark, umfassend gesamtwirtschaftlich ausgerichtet und konsensorientiert, die Quote der öffentlichen Ausgaben ist hoch, es hat eine lange Fertigungstradition in Verbindung mit einem fest verankerten dualen Ausbildungs- und Innovationssystem. In beiden Ländern hat die Kurzarbeit dazu beigetragen, die Krise ohne Massenentlassungen zu überstehen. „Ein ernst zu nehmendes Problem ist, dass Deutschland und Österreich weiter große Leistungsbilanzüberschüsse akkumulieren. Die Einkommenskluft steigt, was sich an den sinkenden Lohnquoten, zunehmenden Disparitäten im persönlichen Einkommen und dem wachsenden Niedriglohnsektor zeigt. In Österreich wird dies immer noch

in gewissem Umfang durch einen gut funktionierenden, umfassenden Sozialstaat ausgeglichen. In Deutschland ist dies jedoch nicht mehr der Fall, vor allem bei den Rentnern und Niedriglohngruppen.“ (Marterbauer)

Polen wurde als „abhängige Marktwirtschaft“ bezeichnet, andere sprechen von einer Mischung zwischen liberalem und südeuropäischem Modell. Für Polen ist Deutschland ein großes Nachbarland, mit dem es seit jeher enge Beziehungen hat. Deutschland nimmt ein Viertel der polnischen Exporte ab und mehrere Hunderttausende polnischer Migranten arbeiten in Deutschland. Die polnischen Eliten sehen Deutschland jedoch nicht durchwegs positiv. Sie verbinden das Nachbarland auch mit Protektionismus, Überregulierung und Stagnation. Die Berliner Entscheidung, den neuen EU-Mitgliedern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bis 2011 zu verwehren, schien dies zu bestätigen und veranlasste viele Polen, ihr Glück in den offeneren, liberalen Wirtschaftssystemen Irland und Vereinigtes Königreich zu versuchen. Dennoch stoßen die gute Arbeitsorganisation, die geringe Korruption, der hohe Lebensstandard und der herausragende Ruf deutscher Unternehmen in Polen auf Bewunderung. „Auf den ersten Blick hätten die Polen nichts dagegen, deutscher zu werden. Schließlich hat Polen die Verfassung um den Anspruch ergänzt, eine „soziale Marktwirtschaft“ zu sein (Art. 20) und verweist damit eindeutig auf die Erfahrung Deutschlands.“ Diese Hommage gilt jedoch eher dem hohen Lebensstandard und nicht unbedingt dem Weg, wie Deutschland diesen erreicht hat. Für die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa war es entschieden einfacher, die Muster liberaler Marktwirtschaften zu kopieren als die deutschen Institutionen nachzuahmen, da die liberale Marktwirtschaft auf klaren Vertragsbeziehungen basiert, die von offiziellen Institutionen durchgesetzt werden. Polen hat sich für einen liberaleren Ansatz entschieden, der dem Washington Konsens Standard entspricht. (Płóciennik und Łada)

Den Export des deutschen Modells sieht auch der spanische Beitrag skeptisch. Der Schlüssel zum Erfolg dieses Modells mag in der Tat weniger darin liegen, diese besonderen Knoten zu transplantieren, sondern eher die Institutionen zu importieren, die sie verbinden und das System am Laufen halten. Institutionen können jedoch explizit sein (gesetzlich verankert) oder stillschweigend (in der Erfahrung und dem gemeinsamen Wissen verwurzelt). Ein Wirtschaftsmodell basiert in der Regel aus einer Kombination beider Typen. (…) Interpretationen basieren auf gemeinsamen Werten, Grundsätzen und Gewohnheiten, die von Land zu Land unterschiedlich sein können. Das bedeutet, dass Institutionen, die aus Deutschland transplantiert werden, vermutlich vom Aufnahmeland neu interpretiert werden. (Calvo)

6. Was würden Sie Deutschland raten und wovon würden Sie abraten?

> *„Ist es nicht ironisch, einen Wissenschaftler, dessen Land unter einem abgewirtschafteten, reformunfähigen Modell leidet, um Empfehlungen für Deutschland zu bitten?“ (Boyer)*

Die Autoren in diesem Band geben Deutschland im Wesentlichen die folgenden Empfehlungen:

„Deutschland ist in seiner gegenwärtigen Position verhaftet. Seine Exporte haben einen Anteil von über 50% am BIP, die Wirtschaft ist davon abhängig. Die Exportbranchen und ihre Gewerkschaften beherrschen die politische Debatte in den Medien und in allen politischen Parteien.' ‚Für Deutschland kommt ein Ausstieg oder eine Auflösung der Währungsunion wirtschaftlich und politisch nicht in Frage. Aber wenn die Währungsunion fortbestehen soll, sollte Deutschland helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zu mindern, indem es die Binnennachfrage ankurbelt und die Importe steigert“ (Scharpf). „Die Regierungskoalition wird vermutlich eine gewisse Lockerung der Sparmaßnahmen in anderen Ländern Europas dulden und nach Wegen suchen, die öffentlichen Investitionen im Inland stärker zu steigern, sollten sich die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtern. Aber es fehlen weiterhin ernst zu nehmende politische Reformen in Europa. Dies würde letztendlich institutionelle Veränderungen erfordern, die nötig sind, für die aber nur wenige in Europa die nötige politische Begeisterung aufbringen können“ (Hall).

„Seitens Deutschland und der EU ein Bruch mit ordoliberalen Lösungsansätzen – zur Schaffung von politischem Spielraum, der es den EU-Staaten an der Peripherie ermöglicht, ihre Produktionsstrukturen wiederaufzubauen“ (Becker). Die deutsche Lohnpolitik sollte expansiv und der Währungsmerkantilismus aufgegeben werden (Sauramo). Dies erscheint jedoch nicht sehr wahrscheinlich (Scharpf, Hall).

Es ist wichtig, Investitionen anzukurbeln (Płóciennik and Łada), sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Sektor (Knuth). Es ist sehr wichtig, dass Deutschland einen Teil seiner Einnahmen in den Erfolg seiner eigenen Wirtschaft re-investiert (Ramskogler und Schuberth, Reisenbichler und Morgan, Schulten).

Eine Lohnsteigerung könnte in Verbindung mit expansiver Steuerpolitik die Nachfrage beleben und dazu beitragen, gleichzeitig in der gesamten Eurozone Preisstabilität zu erreichen (Ramskogler und Schuberth).

Es wird außerdem erforderlich sein, den sich vollziehenden Wandel des Berufsausbildungssystems zu beobachten und es zum gegebenen Zeitpunkt an die Notwendigkeiten anzupassen, die sich durch die aktuellen strukturellen Veränderungen in der Produktion ergeben (Ramskogler und Schuberth).

Deutschland sollte sich außerdem auf erneuerbare Energien konzentrieren. Die Energiewende – die Umstellung von Kohle- und Atomkraftwerken auf regenerative Energiequellen – ist ein sehr ehrgeiziges Vorhaben, das das Potenzial hat, Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen (Hall, Płóciennik und Łada).

Einige Länder benötigen Anregungen, wie sie ihre wirtschaftlichen Modelle umstellen und ihre Nachhaltigkeit steigern können: Hier könnte Deutschland helfen. „Für diesen Zweck kann sich das deutsche Modell eignen, selbst wenn das Modell selbst nicht übertragen wird. Ein gesundes makroökonomisches Umfeld, ein industrielles Umfeld, in dem Unternehmen ein vielfältiges und dichtes Netzwerk von Beziehungen entwickeln können, und ein Zugang zu einem breiten Spektrum von Ressourcen außerhalb des Unternehmens sind Teil des deutschen Modells. In dem Bewusstsein, dass dies wichtige Faktoren sind, kann eine gründliche Analyse des Ziellandes dazu dienen, die Stärken und Schwächen in diesen Bereichen zu erkennen“ (Calvo).

Schlussfolgerungen

Deutschland wird unterschiedlich eingeschätzt, je nachdem ob es aus dem Inland oder dem Ausland betrachtet wird. In Deutschland findet die Idee eines „Modells Deutschland“ breite Zustimmung, auch wenn festgestellt wird, dass es sich im Laufe der Zeit gewandelt hat. Der deutsche Erfolg wird an der niedrigen Arbeitslosenquote festgemacht, deren Ursachen von den deutschen Arbeitsmarktreformen vor der Krise über die längere Möglichkeit der Kurzarbeit in der Krise bis zu den hohen Exporten in die BRIC-Länder, Glück, Lohnzurückhaltung und den soliden deutschen Arbeitsbeziehungen reichen, die flexible Anpassungen ermöglicht haben. In letztgenanntem Aspekt sehen einige einen unantastbaren Kern, der bis in die Zeit des Zweiten Weltkriegs oder sogar noch früher zurückreicht, als die deutschen Wirtschaftsinstitutionen entstanden sind, die das Modell Deutschland so stabil und gleichzeitig flexibel genug machen, um eine Krise zu überwinden.

Einige Mechanismen der Sozialpartnerschaft wurden in der Krise wiederbelebt, was zeigt, dass der Kern der deutschen Wirtschaftsinstitutionen noch intakt ist. Ob das deutsche Modell nachhaltig ist, ist für die Autoren in diesem Band eine große Frage. Einige argumentieren, dass die starke Exportorientierung Deutschlands nicht nachhaltig sei, während andere dies als historisches Merkmal des Neomerkantilismus sehen und eine Veränderung daher für unwahrscheinlich halten. Andere Autoren meinen, dass das deutsche Modell bereits am Ende sei, da die Sozialpolitik auf unsoziale Weise reformiert wurde. Im Inland werden Stimmen laut, die das Ausmaß der Armut und die Zunahme der Erwerbsarmut kritisieren, da die Zahl der Erwerbsarmen zum Teil die in den liberalen Marktwirtschaften, wie dem Vereinigten Königreich, übersteigt.

Die Entwicklung der deutschen Arbeitsbeziehungen wird auch unterschiedlich gesehen. Die meisten Autoren sprechen von einem grundlegenden Wandel, sehen aber einen unantastbaren Kern. Alle Autoren in diesem Band verneinen jedoch die Exportfähigkeit des deutschen Modells in andere Länder. Das deutsche Modell sieht gut aus, wenn man seine Ergebnisse unter dem Aspekt der hohen Beschäftigung betrachtet. Aber die Ergebnisse basieren auf wirtschaftlichen und politischen Institutionen, die in anderen Ländern unterschiedlich sind. Die institutionellen Komplementaritäten fehlen, sodass Reformprogramme mit Einsparungen, Haushaltskonsolidierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und dualer Berufsausbildung scheitern könnten, wenn sie anderen Ländern aufgezwungen werden.

Die Nachbarländer sehen Deutschland äußerst skeptisch. Innerhalb der Eurozone hatte der strenge, knauserige „Imperativ“ der Deutschen sehr

unterschiedliche Auswirkungen. Einige der nordischen Länder und Österreich, die sicherlich mehr institutionelle Gemeinsamkeiten mit Deutschland haben als die süd- und osteuropäischen Länder, haben die Rezession und die Sparmaßnahmen besser bewältigt als die Länder Südeuropas. Die nordischen Länder und die Niederlande haben Deutschland studiert, um insbesondere die Arbeitsmarktreformen zu kopieren, die auf eine höhere Arbeitsmarktflexibilität und kürzere Arbeitszeiten abzielten. Dänemark und Finnland haben versucht, auch die Arbeitsmarktmechanismen zu übertragen. Die nordischen Länder leiden heute jedoch am scharfen Wettbewerb und den Exporteinbußen, die durch das niedrige Lohnniveau in Deutschland begründet sind, und fürchten eine Verschlechterung ihres Tarifverhandlungssystems und der Arbeitsbeziehungen. Auch die Länder Westeuropas haben die deutsche Krisenbewältigung sehr positiv eingeschätzt. So haben zum Beispiel die Niederlande die Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkt in Deutschland eifrig studiert. Sie warnen jedoch auch vor dem innovationshemmenden Weg der geringen Inflations- und Wachstumsraten, den Deutschland mit seinen Reformen eventuell eingeschlagen hat. Frankreich hat in der Vergangenheit einen anderen Weg bestritten, der einen Kurswechsel erschwert. Eine der größten künftigen Herausforderungen für Deutschland besteht darin, die wirtschaftliche Stärke seiner Partner sicherzustellen, allen voran Frankreichs. Die osteuropäischen Länder bewundern und beneiden den deutschen Erfolg, haben sich aber mehr in Richtung liberaler Marktwirtschaften entwickelt.

Betrachtet man das Modell Deutschland durch die Brille der Nachbarländer, sieht man, dass es seit der Krise recht einsam um Deutschland geworden ist. Das Land war der Gewinner der Finanzkrise, auch wenn dies vermutlich in Deutschland niemand so sieht. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik, die es auf EU-Ebene durchgesetzt hat, war zum Nachteil der Nachbarländer. Eine wesentliche Erkenntnis dieses Bands ist, dass Investitionen in den privaten und öffentlichen Sektor notwendig sind, um die Binnennachfrage in Deutschland und die Nachfrage in Europa zu beleben. Wenn Deutschland seine starke Exportwirtschaft bewahren möchte – und ich persönlich hege daran keinen Zweifel – muss es seiner eigenen Wirtschaft und der der Nachbarländer helfen, ihre Kaufkraft zu steigern, damit sie wirtschaftlich starke Partner werden.

Der Juncker-Plan zur Förderung von Investitionen in Europa durch öffentlich-private Partnerschaften und Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen ist sicherlich ein Schritt in diese Richtung. Seine Initiativen zielen jedoch auf eine Stärkung des Privatsektors ab. Neben einem starken privaten Sektor braucht Europa aber auch einen starken öffentlichen Sektor. Insbesondere zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, für Forschung und Entwicklung und für Innovationen ist ein starker öffentlicher Sektor unerlässlich. Wenn Deutschland seine starke Exportposition halten möchten, muss es den südeuropäischen

Ländern helfen, ihren öffentlichen Sektor zu stärken – durch Gesundheits- und Rentenprogramme, Schul- und Bildungsprogramme und Beschäftigungsgarantien für junge Menschen. Europa muss großzügig Mittel an die Bedürftigen verteilen und seine Infrastruktur entwickeln. Deutschland muss außerdem die Initiative ergreifen, die politischen Institutionen zu reformieren, vor allem auf EU-Ebene. Wenn mehr als zwei Drittel der EU-Bürger nicht mit der Vorgehensweise der EU einverstanden sind, ist es dann nicht an der Zeit, dies politisch zu verändern?

Literatur

Traxler, F. und B. Unger (1994) Governance, Economic Restructuring and International Competitiveness, *Journal of Economic Issues* (JEI), Vol. XXVIII, Nr. 1, März

Unger B. (2000) Innovation Systems and Innovative Performance: Voice Systems, *Organization Studies* (OS), 21, Ausgabe 5, S. 941-970.

Hall, P. und D. Soskice (2001). Varieties of Capitalism : the institutional foundations of comparative advantage. Oxford England New York: Oxford University Press.

Streeck, W. (1995), German Capitalism. Does it exist? Can it survive?, http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp95-5.pdf

Unger, B. (2015), The German Model – Seen by its Neighbours, *Social Europe*